

27. JULI 1964

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/14c

Bonn, den 27. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Die große Täuschung</u> Unredlichkeit macht sich nicht bezahlt De Gaulle und Aenauer Von G. Markscheffel	102
3	<u>Überparteiliche Kommunalpolitik ?</u> Ein Widerspruch in sich selbst Von H.G. Ritzel, MdB Vorsitzender des Kreistages des Kreises Erbach/Odw.	49
4	<u>Einladung zur Anarchie</u> Atomwaffen für alle Völker ?	17
1	<u>Gegen den Verpackungsschwindel</u> Wie Verbraucher betrogen werden	25
5	<u>Algerien, Jahr III</u> Bildung einer neuen Exilregierung ? Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	20

27. Juli 1964

Die große Täuschung

Unredlichkeit macht sich nicht bezahlt - De Gaulle und Adenauer

G.H. - Mit erstaunlicher Schnelligkeit hat sich das Klima der deutsch-französischen Beziehungen verschlechtert. Was noch vor einigen Monaten himmelhochjauchzend als "europäischer Völkerfrühling" bezeichnet wurde, bewertet man heute zu Tode betrübt als "fundamentalen Irrtum und falsch angelegte Konstruktion".

Die Bewertung der jetzt entstandenen Situation ist genau so falsch wie die überschwenglichen Lobeshymnen, die man sich beim Abschluß des Elysee-Vertrages in die eigene Tasche sang. Zerschlagen ist Gottlob nichts. Die jungen Menschen in Frankreich und in der Bundesrepublik wollen in e i n e m Hause wohnen; sie werden dieses Haus aber erst bauen müssen, nachdem sich herausgestellt hat, daß 70- bis 90-jährige Architekten und ihre Untergebenen nicht fähig sind, mehr als Paragraphen fein skaberlich aneinanderzureihen und so zu tun, als könne man heute mit den Methoden des 19. Jahrhunderts "Politik" machen.

* * *

Um zu begreifen, was in diesen Tagen tatsächlich geschehen ist, muß man einige Klischeevorstellungen von deutsch-französischen Verhältnissen auseinandernehmen.

Ausser de Gaulle haben alle entscheidenden französischen Nachkriegspolitiker m e h r gewollt als ein "Europa der Vaterländer". Sie strebten ein freies integriertes Europa an, in dem die einzelnen Nationalstaaten ihre Souveränitätsrechte immer mehr übernationalen Interessen unterordnen sollten. Seit der Übernahme der Macht in Frankreich durch de Gaulle ist das alles anderes geworden. Adenauers großer Fehler war und ist es, dies dem deutschen Volk nie offen gesagt zu haben, wie es als Bundeskanzler seine Pflicht gewesen wäre. Er kannte wie wenige andere die seit 1958 in der offiziellen französischen Politik vor sich gegangenen Veränderungen. Trotzdem hat er oft genug behauptet, - ich meine wider besseres Wissen - daß sein "Freund de Gaulle" die Europa-Politik eines Robert Schuman und eines Guy Mollet fortsetzen werde.

Das war ein Stück intellektueller Unredlichkeit, denn aus den Munde Adenauers, der sich auch als Freund Robert Schumans bezeichnete, mußte eine solche Bekundung der Absichten de Gaulles den Wert einer Garantierklärung für die Fortsetzung der europäischen Integrationspolitik Frankreichs annehmen.

Wahr ist, daß Adenauer und de Gaulle schon 1962 nach der denkwürdigen Messe in der Kathedrale von Reims ihre damaligen Verteidigungsminister - Messner und Strauß - beauftragt haben, den militärischen und damit auch den politischen Alleingang von Bonn und Paris vorzubereiten. Dies geschah ohne Unterrichtung der vier anderen EWG-Staaten und vor allem gegen die Konzeption der gemeinsamen Verteidigung des Westens im Rahmen der NATO.

Adenauer wußte genau, was das bedeutet. Deshalb hat er auch versucht, die von der Mehrheit des Bundestages geforderte Präambel des Elysee-Vertrages zu verhindern, in der gesagt wird, daß durch diesen Vertrag keine der anderen von der Bundesrepublik eingegangenen internationalen Verpflichtungen geschwächt werden dürfe. Erst als in Paris erklärt wurde, der Bundestag könne so viele Präambeln vor den Vertrag setzen wie er wolle, de Gaulle werde nur den Vertrag selbst als Grund

lage der deutsch-französischen Beziehungen betrachten, erklärte sich Adenauer mit besagter Prümbel einverstanden.

* *

*

So gesehen ist die von de Gaulle auf seiner letzten Pressekonferenz zur Schau getragene Verärgerung über Bonn verständlich. Er ist darüber aufgebracht, daß der Nachfolger Adenauers nicht geneigt zu sein scheint, das dem Generalpräsidenten vom Altkundeskanzler gegebene Wort zur Bildung einer politisch-militärischen Zweierunion einzulösen.

Erhard muß jetzt damit fertig werden, wobei er allerdings mehr auf die CDU/CSU zu achten haben wird, als auf Ratgeber, die ihm einzureden versuchen, man könne einer offenen Aussprache zwischen Paris und Bonn über den jetzt einzuschlagenden Weg in der Europa-Politik ausweichen.

De Gaulle war und ist konsequent. Er steuert einen neuen Mittelmeerpakt an, der von Franco über Ben Bella bis Nassar alles zusammenfaßt, was an anti-amerikanischen Ressentiments in Süd- und Südosteuropa, in Nordafrika und im Nahen Osten zusammengefaßt werden kann. De Gaulle ist überzeugt davon, daß ein Europa unter seiner Führung in den lateinamerikanischen Staaten eher mit den dort um sich greifenden pseudo-revolutionären Bewegungen fertig werden kann. In Südostasien will er die USA davon überzeugen, daß der Kommunismus militärisch nicht zurückzudrängen ist, und er glaubt wirklich daran, daß er mit "Chruschtschow als Europäer" über das Ost-Westverhältnis besser reden kann als ein amerikanischer Präsident. Deshalb hat er Chruschtschow durch die Aufwertung Pekings geschwächt, und deshalb drängt er auch auf die "eigene europäische Atomkraft", mit deren Hilfe er seine Vorstellungen von der Ordnung in der Weltpolitik durchsetzen möchte.

Die deutsch-französische Freundschaft ist von ihm ehrlich gewollt, soweit sich diese auf die Bundesrepublik konzentriert. De Gaulle ist auch konsequent, wenn er die Zweierunion zwischen Paris und Bonn anstrebt weil ja schließlich die Bundesrepublik heute über die größte kontinentale Militärmacht des Westens verfügt und auf ein sehr beachtliches Industriepotential verweisen kann, das, zusammen mit Frankreich, weltpolitisches Gewicht hat. Paris und Bonn - das ist de Gaulles Vorstellung - könnten also gemeinsam einen Druck auf die Geschicknisse in der Welt ausüben, wobei Frankreichs Prestige selbstverständlich die politische-moralische Basis für alle möglichen Unternehmungen abgeben würde.

* *

*

Was zu diesen Konstruktionen zu sagen ist, konnte man in den letzten Tagen überall nachlesen. Mit gesundem Instinkt hat die deutsche Öffentlichkeit in ihrer überwiegenden Mehrheit den Pferdefuß des Pariser Kalküls erkannt. Die USA, die Sowjetunion und Großbritannien sind Weltmächte, die sich von der alten Herrenriege einer isolierten Halbeuropa-Politik nicht an die Wand spielen lassen. Deshalb ist es realistisch, wenn die Bundesregierung konsequent jene Politik fortzusetzen gedenkt, die Zweierunion zurückweist und die deutsche Politik, deren Problem No. 1 ja immer noch die Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden ist, in den Rahmen eines ehrlichen Freundschaftsverhältnisses zu allen Völkern gestellt wissen will. Wenn es richtig ist, daß der Sie vor kurzem noch als monolithisch bezeichnete Machtblock des Ostens jetzt differenziertere Lösungen in seinem Verhältnis zum Westen anstrebt, dann hat die Bundesrepublik das geringste Interesse daran, ihre Position durch das Eingehen auf die gewagten Konstruktionen einiger in der Vergangenheit gewiß verdienstvoller Staatsmänner zu gefährden.

+ + +

Überparteiliche Kommunalpolitik ?

von H.G. Ritzel, MdE.

Die kommenden Kommunalwahlen werden in den verschiedenen Ländern wiederum Gelegenheit geben, die Aufstellung von sogenannten überparteilichen Listen zu beobachten. In diesem Vorgang liegt ein Widerspruch in sich selbst. Jede Kommunalpolitik ist das Ergebnis einer politischen Willensentscheidung. Diese politische Willensentscheidung muß sich an klaren Erkenntnissen und Grundsätzen orientieren. Sie bedingt eine Abstimmung mit den Verhältnissen in dem Lande, in dem die Gemeinde liegt, und sie bedingt eine Abstimmung mit den Verhältnissen im Bund. Weder im Land noch im Bund gibt es eine überparteiliche Organisation.

Der Name an sich ist falsch und vielfach sogar eine Anmaßung, weil sich unter dem Begriff "überparteilich" vielfach Kräfte verstecken, die entweder nicht den Mut haben, ihre wahre Parteilichkeit zu bekennen oder aber, die einen Anlaß haben, sie zu verschweigen. Auch sogenannte "überparteiliche Vereinigungen" sind innergemeinschaftlich gezwungen, Politik zu machen. Sie können sich den politischen Einflüssen und Tatsachen auf übergeordneter Ebene, im Kreis, im Land, im Bund nicht entziehen, aber sie begnügen sich bewußt und offensichtlich jeder Einflußmöglichkeit im Kreis, im Bund, im Land. Die Bundesrepublik Deutschland ist im Grundgesetz auf dem Gefirnis der Demokratie aufgebaut. Die Demokratie wird anerkannter Weise nach dem Grundgesetz von den Parteien vertreten. Eine überparteiliche Partei gibt es nicht. Es ist selbstverständlich, daß eine Partei ein politisches Bekenntnis hat und es betätigt. Überparteiliche Wählervereinigungen haben kein politisches Bekenntnis, sie müssen versagen in der politischen Willensbildung, wenn es über rein kommunale Interessen hinausgeht und sie sind im übrigen nichts weiter als Ersatzrichter der Arbeit der politischen Parteien im Land und Bund. Überparteiliche Wählervereinigungen sind schlichtes im Land und im Bund, sie haben keinen Einfluß auf die dortige Willensbildung und Willensentscheidung, aber sie rücken das, was andere für sie erarbeiten, gegebenenfalls sogar rücksichtslos aus.

Der Wähler, der sich einer überparteilichen Wählervereinigung anschließt, verzichtet praktisch darauf, den kommunalpolitisch möglichen Einfluß im Rahmen seiner kommunalpolitischen Betätigung andersorts, so im Land und im Bund, zum Ausdruck zu bringen. Und welche Logik liegt in der Feststellung, daß jemand in der Gemeinde überparteilich ist, aber im Land und im Bund sich zu der einen oder anderen Partei bekannnt, entweder als Mitglied oder mindestens als abstimmender Bürger?

Der verantwortungsbewußte Staatsbürger ist gezwungen, politisch tätig zu sein. Seine politische Arbeit kann aber in Land und Bund nur von politischen Parteien getragen werden. Der sogenannte überparteiliche Wähler mehrt also nur das Häuflein derer, die bis jetzt nicht die Fähigkeit und die moralische Kraft entwickelt haben, sich zu einem wehrten politischen Bekenntnis durchzuarbeiten. Gemessen an den Lebensaufgaben unseres Staates und unseres Volkes bedeutet ein Bekenntnis zu einer überparteilichen Wählervereinigung in einer Gemeinde nichts weiter, als den Verzicht auf wirklich staatsbürgerliche Betätigung, die ihre Ausstrahlungen über die Gemeinde hinaus in Land und Bund ausübt. Vom Standpunkt einer sauberen und wahren Politik sind die sogenannten "überparteilichen" die Leuen, die nicht den Mut haben, ein offenes politisches Bekenntnis abzulegen. Sie tragen damit auch entscheidend zu einer für das Ganze schädlichen Stimmenszersplitterung bei.

+ * +

Einladung zur Anarchie

Atomwaffen für alle Völker ?

sp - "Alle Völker, die keine Atomwaffen besitzen, sind dazu bestimmt, zu verschwinden oder unterworfen zu werden. Und Frankreich will sich nicht unterwerfen lassen." - Es bedarf nicht vielen Nachdenkens, um sich der einzigartigen Ungeheuerlichkeit dieses Satzes, ausgesprochen vom französischen Ministerpräsidenten Pompidou, bewusst zu werden. Würden alle Völker und alle Staaten diesen Rat befolgen, wäre dies gleichbedeutend mit universeller Anarchie. Die Völker gewönnen keine Sicherheit und die Handlungen ihrer Regierungen wären von Furcht geleitet. Jeden Augenblick könnte die Welt durch Unbedachtsamkeit einzelner in Flammen aufgehen, könnten Serajewosituationen entstehen, die alles und alle in das Inferno stürzen. Wußte Pompidou, was er sagte? Wie wäre eine kontrollierte Abrüstung überhaupt noch denkbar, besäßen alle Völker und deren Regierungen die schrecklichen Vernichtungswaffen? Dieser Satz aus dem Munde des französischen Ministerpräsidenten ist eine Ermunterung an sämtliche Nationalisten der Welt, einen Weg zu beschreiten, der mit Sicherheit in den Abgrund führt. Es ist eine Philosophie des Todes, die Pompidou hier verkündet.

+ + +

Gegen den Verpackungsschwindel

Wie Verbraucher betrogen werden

F.D. - Vor einigen Wochen hat Staatssekretär Langer vom Bundeswirtschaftsministerium dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Alois Strohmayr versichert, die Bundesregierung werde bei der anstehenden Änderung des Gesetzes über Maße und Gewichte auch einschneidende Maßnahmen gegen den sogenannten "Verpackungsschwindel" vorsehen. In die gleiche Kerbe hat kürzlich auch "Panorama" in einer vielbeachteten, aber auch heftig attackierten Verbrauchersendung geschlagen, die über das Deutsche Fernsehen ausgestrahlt wurde. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände hat wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß auf dem Wege über die Verpackung Millionen von Verbrauchern Sand in die Augen gestreut wird - auch von angesehenen in- und ausländischen Unternehmen.

"Die Familie", das Organ der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienverbände, hat sich - gestützt auf Angaben der bei der EWG in Brüssel beratend mitarbeitenden Kontaktstelle der Verbraucherorganisationen - ebenfalls mit den unsrigen Packungen nachhafter Firmen beschäftigt und diese auch mit Namen genannt. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß ein sogenannter "Kintorenis" in einer Packung offeneriert wird, die auch 31 Prozent Luft enthält; bei einem Waschpulver macht der ungenutzte Hohlraum 30, bei Hafer-Schmelzflocken 47, bei Reis im Kochbeutel 50, bei grünen Erbsen 53 und bei einem Puddingprodukt gar 54 Prozent aus. Ungeachtet dessen, daß eine gesetzliche Regelung bevorsteht, tun die Hausfrauen also gut daran, hin und wieder auch einen Blick in die Packungen zu werfen und daraus ganz persönliche Konsequenzen zu ziehen.

+ + +

Algerien: Jahr III

Bildung einer neuen Exilregierung ?

von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Am Beginn dieses dritten Jahres der staatlichen Unabhängigkeit wird Algerien durch einen neuen Aufstand im Süden des Landes erschüttert. Der Aufstand beschränkt sich jetzt nicht mehr auf die Kabylei. An der Spitze stehen echte Araber. Der Bürgerkrieg zwischen den einzelnen Fraktionen der FLN hat sich seit zwei Jahren ständig verschärft und erreicht in diesen Sommertagen 1964 den Zustand einer "Leppelherrschaft": Ben Bella und Oberst Boumedienne regieren in Algier und Umgebung, die nunmehr unter der Führung von Mohammed Khidder und Ait-Ahmed vereinigte Opposition beherrscht ausgedehnte Gekirgsmassive im Osten und Süden des Landes und wirkt außerdem im Untergrund der Städte.

Der Bruderkrieg wird dadurch verdeutlicht, daß die Kampf- und Helfengruppen, die nach der Unabhängigkeitserklärung das Politbüro der FLN bildeten, heute einander als Todfeinde gegenüberstehen. Nur einer von ihnen ist an der Macht: Ben Bella. Alle anderen, die mit ihm das Land der Revolution zu verwalten gelernt, befinden sich im Untergrund und bereiten die Bildung einer neuen Exilregierung vor, vielleicht einen neuen Marsch auf Algier.

Ja ist vor allem Ait-Ahmed, der als erster vor zwei Jahren absprang und seit einem Jahr an der Spitze der FFS ("Front der Sozialistischen Kräfte") in den Bergen der Kabylei verschont ist. Alle Versuche Ben Bellas, den Chef des neuen Kabylenaufstandes zurückzugewinnen oder zur Kapitulation zu zwingen, sind gescheitert. Dies wirkte ansteckend und anspornd auf die anderen Männer der Opposition, insbesondere auf die anderen "alten Kämpfer":

Mohammed Boudiaf, der Ait-Ahmed am nächsten steht, es aber so lange wie möglich mit legaler Opposition versuchte, bis er von den Gendarmen Boumediennes verhaftet und verschleppt wurde; nur dem algerisch-marokkanischen Grenzkonflikt verdankt er seine Freilassung nach mehrmonatiger Internierung in die Sahara. Mohammed Khidder, der von Ait-Ahmed am weitesten entfernt war, vor zwei Jahren mit Ben Bella und Boumedienne als Chef des Politbüros der "dritte Mann" des Diktatorats war, steht heute an der Spitze der revolutionären Opposition.

Was helfen dagegen die Wertschätzungen Ben Bellas im Jargon von Algier? Der Widerstand der FFS war der Anfang der gegenwärtigen revolutionären Krise im ganzen Land. Wenn es Ben Bella gelungen wäre, nicht nur einige Städte in der Kabylei zu besetzen und wieder zu räumen, sondern den Aufstand selbst zu liquidieren und Ait-Ahmeds Stimme zur Verstummen zu bringen, hätten sich die Dinge wahrscheinlich anders entwickelt. Der fortdauernde Aufstand der FFS war eine Herausforderung und Ernüchterung der ganzen übrigen Opposition. Die Unterdrückungsmaßnahmen, die forcierte Gleichschaltung und der Parteikongreß im April 1964 zerstörten die letzten Hoffnungen selbst auf eine gemäßigte Opposition innerhalb der reorganisierten Partei und überhaupt innerhalb der neuen Legalität. Der Bruderkampf zwischen den "alten Köpfen" der FLN läßt ein bedeutungsloser Familienstreit, wenn es nicht schroffe soziale Gegensätze, Wirtschaftsnot und allgemeine politische Unrast zum Hintergrund hätte. Erst die ungelösten Spannungen dieser neuen Etappe der algerischen Revolution verwandeln die einstigen Kampf- und Leidensgenossen des Unabhängigkeitskrieges heute in erbitterte Gegenspieler und Todfeinde.

+ + +